



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

19. Wahlperiode - 4. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. September 2017, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Serpil Midyatli (SPD)

i. V. v. Dr. Heiner Dunckel

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Vorstellung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (berufliche Bildung)</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag)</b>	<b>6</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/139	
<b>3.</b>	<b>Bericht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein zum aktuellen Stand des Bund-Länder-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Tenure-Track-Professuren)</b>	<b>7</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/137	
<b>4.</b>	<b>Errichtung eines „Hauses der Landesgeschichte“</b>	<b>8</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/83	
	<b>Konzeptionierung für Orte der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte</b>	<b>8</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/202 (neu)	
<b>5.</b>	<b>Dialog über Lernmittelfreiheit fortsetzen</b>	<b>9</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/54  (Verfahrensfragen)	
<b>6.</b>	<b>Schulen an prekären Standorten bedarfsgerecht fördern - „Sozialfaktor“ bei der Lehrertzuweisung einrichten</b>	<b>10</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/187 (neu)	
<b>7.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 6 nach Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

### **1. Vorstellung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (berufliche Bildung)**

Herr Rohlfs, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, teilt mit, das Wirtschaftsministerium wolle das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung in enger Abstimmung mit dem Bildungsministerium zur Mitte der Legislaturperiode aufbauen. Die Zuständigkeit für die berufliche Bildung verbleibe bis dahin beim Bildungsministerium. Für den Errichtungsprozess werde man Personal einstellen (unter anderem einen Juristen), und am 6. Oktober 2017 werde sich der Beirat mit Frau Stegner von PROGROS konstituieren. Entscheidend sei, um Vertrauen zu werben und alle Beteiligten ins Boot zu holen.

Die Mitglieder von SPD und SSW problematisieren die Verlagerung der Zuständigkeit für die berufliche Bildung vom Bildungs- ins Wirtschaftsministerium.

Staatssekretär Rohlfs erwidert, die bisher auf verschiedene Ministerien verteilte Rechtsaufsicht solle in Zukunft gebündelt werden; sämtliche Bereiche der beruflichen Bildung sollten im SHIBB konzentriert werden; die allgemeinbildenden Schulabschlüsse blieben weiter eine zentrale Säule. Wenn das SHIBB errichtet sei, werde das für den Betrieb erforderliche Personal aus den betroffenen Ministerien ins SHIBB verlagert. Für den Bereich berufliche Ausbildung sei das Wirtschaftsministerium bereits vor fünf Jahren zuständig gewesen. Den Herausforderungen des Fachkräftemangels zu begegnen, sei Aufgabe des Wirtschaftsministeriums und Querschnittsaufgabe und bei den Lehrkräften der beruflichen Schulen in den nächsten zweieinhalb Jahren auch Aufgabe des Bildungsministeriums.

Abg. Vogel vermisst „die Wertschätzung der neuen Landesregierung gegenüber den Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern der beruflichen Schulen“ und fragt, ob der Abschluss eines Gastschulabkommens für die beruflichen Schulen geplant sei und wann ein Azubi-Ticket in Schleswig-Holstein eingeführt werde.

Beim Gastschulabkommen steht nach den Worten von Staatssekretär Rohlf's keine Veränderung an. Über die Einführung eines Azubi-Tickets werde er den Ausschuss schriftlich unterrichten. Er sehe seine Aufgabe darin - so betont der Staatssekretär abschließend -, den Prozess der Errichtung des SHIBB in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium und den Betroffenen professionell zu organisieren. Die Frage der ministeriellen Anbindung spiele dabei eine untergeordnete Rolle.

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/139](#)

(überwiesen am 22. September 2017)

Abg. Habersaat und Vogel problematisieren den mit dem Akkreditierungssystem verbundenen Aufwand.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss führt Frau Janus, Leiterin des Referats Universitäten im Wissenschaftsministerium, aus, das Verfahren (Programmakkreditierung, Systemakkreditierung und alternative Verfahren) solle sicherstellen, dass die Hochschulen vergleichbare Abschlüsse vergäben. Künftig würden die Agenturen die Verfahren vorbereiten und der Akkreditierungsrat, in dem Wissenschaftler die Mehrheit hätten, die Entscheidung treffen. Man erwarte dann eine möglichst einheitliche Entscheidungspraxis und die Gewährleistung von effektivem Rechtsschutz. Die Musterrechtsverordnung werde zurzeit in der KMK unter Federführung von Nordrhein-Westfalen erarbeitet; der entsprechende Entwurf gehe jetzt in die Anhörung. Ein signifikant höherer Verwaltungsaufwand entstehe durch den Staatsvertrag nicht. Die Akkreditierungsfristen würden einheitlich auf acht Jahre verlängert und eindeutige formale Kriterien eingeführt.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 19/139](#) anzunehmen.

**3. Bericht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein zum aktuellen Stand des Bund-Länder-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Tenure-Track-Professuren)**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 19/137](#)

Wissenschaftsministerin Prien berichtet, mit dem Programm sollten bis 2032 1.000 Tenure-Track-Stellen gefördert werden, 468 ab 2017, der Rest ab 2019. Von dem auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil von 29 TT-Stellen bekomme die CAU in der ersten Runde 14 Stellen gefördert (mit einer Fördersumme pro Stelle von jährlich 118.000 €), die Universität Lübeck keine, Flensburg habe sich nicht beworben.

Herr Sprüssel, Leiter des Referats Fachhochschulen, Hochschulpersonal, Studentische Angelegenheiten, BAföG im Wissenschaftsministerium, erläutert, Ziel der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sei es, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dauerhaft zu beschäftigen. Tenure Track bedeute, dass einem Juniorprofessor bereits bei Einstellung die entsprechende Professur als unbefristete Stelle zugesagt werde, wenn er sich in einem berufungsähnlichen Verfahren in einer Zwischen- und einer Endbegutachtung bewähre.

Abg. Waldinger-Thiering hofft, dass auch die Universitäten Flensburg und Lübeck in der zweiten Runde von dem Programm profitierten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Ministeriums zur Kenntnis.

#### **4. Errichtung eines „Hauses der Landesgeschichte“**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/83](#)

#### **Konzeptionierung für Orte der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/202](#) (neu)

(überwiesen am 20. September 2017; Verfahrensfragen)

Die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen wollen versuchen, sich am Rande der Landtagstagung im Oktober auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.



## **5. Dialog über Lernmittelfreiheit fortsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/54](#)

(Verfahrensfragen)

Die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher wollen am 12. Oktober 2017, 14 Uhr, das weitere Vorgehen besprechen.

## **6. Schulen an prekären Standorten bedarfsgerecht fördern - „Sozialfaktor“ bei der Lehrerzuweisung einrichten**

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/187](#) (neu)

(überwiesen am 22. September 2017)

Abg. Habersaat und Waldinger-Thiering sprechen sich dafür aus, Schulen aller Schularten an prekären Standorten auf der Grundlage von messbaren, transparenten sozialen Kriterien mit zusätzlichen Ressourcen (Lehrerstunden, Geld, Schulsozialarbeit, Beteiligung der Schulträger) zu fördern.

Abg. Strehlau erklärt, die Koalition unterstütze dieses Anliegen.

Ministerin Prien kündigt an, das Ministerium werde bei der Erarbeitung des Konzepts von den Erfahrungen anderer Bundesländer (insbesondere Hamburg) lernen, das Gespräch mit den Schulträgern suchen und die Grundschulen besonders im Blick haben.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 19/187](#) (neu) für erledigt zu erklären.

## **7. Verschiedenes**

### Nächste Sitzungen:

Donnerstag, 9. November 2017,

Donnerstag, 30. November 2017 (Anhörung Schulgesetz),

Donnerstag, 7. Dezember 2017.

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Peer Knöfler  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer